

rungen aus dem, was geschehen ist, zu ziehen, von seinen Plätzen erhebt."

Die Abgeordneten erhoben sich nach diesen Worten des Präsidenten von ihren Plätzen. Auch die Regierung und die Tribüne schlossen sich demonstrativ der Aufforderung an. Das offizielle Deutschland hatte damit vor sich selbst und vor aller Welt

seinen Willen bekundet, geschehenes Unrecht so weit wie möglich wiedergutzumachen und Israel mit der Bitte um Verzeihung die Hand zum Frieden zu bieten.

(Deutschland und das Judentum. Die Erklärung der Bundesregierung über das deutsch-jüdische Verhältnis, herausg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Deutscher Bundesverlag. Bonn 1951.)

1f) Rabbiner Dr. Leo Baeck zur Regierungs- und Parteienerklärung

Der Text des Briefes des ehem. Oberrabbiners von Berlin, Dr. Leo Baeck, London, an Bundeskanzler Dr. Adenauer lautet:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Von der Erklärung, die Sie im Namen der Bundesregierung am 27. September abgegeben haben, und von der auf sie folgenden feierlichen Zustimmung der Parteien, sind wir, die Gesamtvertretung der aus Deutschland vertriebenen Juden, tief ergriffen worden.

Eine Grundlage für die notwendige Aussprache ist nun geschaffen worden. Von ihr aus wird der Weg zu dem Verstehen und zu einer Verständigung über die Wiedergutmachung gefunden werden können.

Wir sind uns der Pflicht bewußt, die uns, gleich anderen spruchbefugten jüdischen Stellen, hiermit auferlegt ist.

Wir sind aufrichtig bereit, in der uns so zugewiesenen Verantwortung und Vollmacht nach besten Kräften an der Lösung der großen Aufgabe, die jetzt vor uns alle hingetreten ist, mitzuwirken. Wir stehen zu Besprechungen und Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung zur Verfügung.

Mit ausgezeichnete Hochachtung!

Council for the protection of the rights and interests of Jews from Germany.

gez. Dr. Leo Baeck, Präsident.

1g) Resolution des Zentralrates der Juden in Deutschland über die deutsche Regierungserklärung

„Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland trat am 7. und 8. Oktober in Hamburg zusammen, um sich mit den am 27. September in der Sitzung des Bundestages in Bonn abgegebenen Erklärungen der Bundesregierung und der Parteien zu befassen.

Das Direktorium nahm mit Befriedigung den Wortlaut dieser Erklärungen zur Kenntnis und gab auch seiner Genugtuung über die Haltung Ausdruck, die der Bundestag bei diesem Anlaß an den Tag legte.

Das Direktorium des Zentralrates, der alleinigen Gesamtrepräsentanz der Juden in Deutschland, erwartet, daß den Worten von Bundesregierung und Parlament nunmehr auch in allernächster Zeit Taten folgen werden. Das Direktorium begrüßt den Versuch zur Normalisierung der Beziehungen des deutschen Volkes zu der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, zum Staate Israel und in der Welt.

Das Direktorium hat bereits in seiner Neujahrsbotschaft im Geiste menschlicher Verbundenheit allen Opfern des Nationalsozialismus, den deutschen Widerstandskämpfern und den Persönlichkeiten, die ihren guten Willen durch Tat und Wort unter Beweis gestellt haben, die Hand geboten. Es bedarf keiner Versöhnung mit diesen Trägern des Fortschritts in Deutschland, die bereits im September 1949 im Bundestag mit Recht als die außenpolitischen Aktiva des deutschen Volkes bezeichnet wurden.

Es ist erfreulich, daß nunmehr auch die Bundesregierung die Abkehr des deutschen Volkes von den Verbrechen der Vergangenheit und den Wiedergutmachungswillen feierlich vor der Weltöffentlichkeit proklamiert hat. Eine derartige Reinigung der Atmosphäre ist auch höchst notwendig, da in zunehmendem Umfang bei der Kampagne für Verbrecher, die Deutschlands Namen entehrt haben, und bei anderen Gelegenheiten Stimmen laut wurden, die erhebliche Zweifel an einer ernsthaften Umkehr Deutschlands

hervorriefen. Wir hoffen, daß der Geist dieser Erklärungen zum Gemeingut des gesamten deutschen Volkes wird.

Um der Versöhnung und des Friedens willen, zur Bewahrung der Menschheit vor neuem Unheil, darf es keine Schwäche geben gegenüber denjenigen, die von neuem ihre Unbelehrbarkeit beweisen. Wir sind es der unabsehbaren Reihe unserer Opfer und uns selbst schuldig, die Forderung nach moralischer Wiedergutmachung an erste Stelle zu setzen. Unser Verlangen nach gerechter Wiedergutmachung bezieht sich auf alle Personen, die durch den Nationalsozialismus ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer Abstammung oder ihrer politischen Überzeugung wegen unmenschlich verfolgt wurden. Es handelt sich für uns nicht um materielle Vorteile oder gar Privilegien, sondern um die ungeteilte Wiederherstellung des Rechts.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland hält folgende Maßnahmen für besonders dringlich:

1. Entschlossener Kampf der Bundesregierung und des Bundestages gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere im gesamten Erziehungswesen und bei der Unterrichtung des Publikums durch Presse und Rundfunk im Geiste der Toleranz.

2. Die energischen strafrechtlichen Sanktionen gegen Personen, die von neuem Menschen ihres Glaubens oder ihrer Abstammung wegen beleidigen oder zum Haß gegen religiöse, nationale oder rassische Gruppen aufhetzen. In dieser Hinsicht bedürfen die von der Konferenz jüdischer Juristen in Detmold im April 1947 aufgestellten Forderungen noch der legislativischen Verwirklichung.

3. Ausschluß der Personen, die an maßgebender Stelle die verbrecherische Politik des Nationalsozia-